



UNHCR

United Nations High Commissioner for Refugees
Haut Commissariat des Nations Unies pour les réfugiés

Deutscher Bundestag

Ausschuss f. wirtschaftl.
Zusammenarbeit u. Entwicklung

Ausschussdrucksache

18(19)069 i

Anhörung am 4. Juni 2014

3. Juni 2014

Der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen
Vertretung in Deutschland
Representation in Germany

Wallstraße 9 – 13
10179 Berlin

Tel: +49 30 202 202 14
Fax: +49 30 202 202 20
E-Mail: gfrbe@unhcr.org

UNHCR ist keine Organisation der Entwicklungszusammenarbeit. UNHCR hat jedoch ein genuines Interesse, dass jene Bevölkerungsgruppen – Flüchtlinge und Binnenvertriebene -, für die es aufgrund seines völkerrechtlichen Mandats, internationaler bzw. regionaler Abkommen und Vereinbarungen sowie Beschlüssen des UN-Sicherheitsrats und der UN-Vollversammlung zuständig ist, von entwicklungspolitischen Maßnahmen nicht ausgeschlossen sind.

Die Mehrheit der Flüchtlinge und Binnenvertriebenen auf der Welt lebt bereits länger als fünf Jahre im Exil bzw. nicht mehr in der Heimatregion ihres Herkunftslandes. Die Gesamtzahl könnte sich in den folgenden Jahren noch erheblich ausweiten, falls es keine politischen Lösungen bzw. nachhaltige Befriedung von Konflikten gibt, die in jüngerer Zeit bzw. im letzten und in diesem Jahr zu einem Massensexodus ganzer Bevölkerungsgruppen geführt haben.

Zu nennen sind in diesem Zusammenhang vor allem: Syrien mit derzeit insgesamt über 9 Millionen Flüchtlingen und Binnenvertriebenen, Südsudan mit über 1,2 Millionen, die Zentralafrikanische Republik mit über 900.000, Mali mit über 420.000.

Zu den sogenannten langanhaltenden Flüchtlings- und Binnenvertriebenensituationen (*protracted refugee/IDP situations*) gehören u.a.

in Asien:

Afghanistan mit rd. 2,5 Mio. Flüchtlingen sowie 660.000 Binnenvertriebenen;

Myanmar (250.000 Flü./455.000 IDPs);

Irak (91.000 Flü. /1,3 Mio. IDPs);

in Afrika:

Somalia (957.000 Flü. /1,1 Mio. IDPs);

Demokratische Republik Kongo (437.000 Flü./2,6 Mio. IDPs);

Sudan (252.000 Flü. /1,5 Mio IDPs);

in Südamerika:

Kolumbien (400.000 Flü./5,6 Mio. IDPs).

Die Zahlen für Flüchtlinge beziehen sich auf die Nachbarländer ihrer Herkunftsstaaten und zeigen, dass die meisten Menschen, die vor Verfolgung, Menschenrechtsverletzungen, Krieg

und Bürgerkriegen Schutz suchen, nicht weit von ihrer eigentlichen Heimat Zuflucht suchen. Die interkontinentale Flucht tritt in ihrer Größenordnung demgegenüber deutlich zurück. Zwar steigt die Zahl der Asylbewerber in den westlichen Industriestaaten, aber auch in Nordamerika und Europa, wo die meisten Asylbewerber gezählt werden, bleibt der Anteil jener sehr hoch, deren Heimat- wie Zielstaat auf demselben Kontinent zu finden ist: Laut einer UNHCR-Statistik für das Jahr 2013 befinden sich unter den zehn Hauptherkunftsländern von Asylbewerbern in der Europäischen Union folgende Staaten: Russische Föderation (hinter Syrien Hauptherkunftsländ) gefolgt von Serbien (plus Kosovo) und Albanien (10. Stelle). Insgesamt stammen die 400.000 Asylantragsteller in Europa in 2013 zu jeweils rund einem Drittel aus europäischen, asiatischen und afrikanischen Staaten.

Neben dem internationalen Flüchtlingsschutz (mit Blick auf entsprechende internationale und regionale Rechtsgrundlagen) ist es laut Statut die Hauptaufgabe von UNHCR, bei der Suche nach dauerhaften Lösungen für Flüchtlinge zu helfen, sei es die freiwillige Rückkehr in ihre Heimatländer, wenn die Bedingungen es erlauben, die lokale Integration in ihrem Erstasylland oder die dauerhafte Wiederansiedlung in einem Drittland. In den langandauernden Flüchtlingssituationen sind diese Perspektiven über Jahre, mitunter Jahrzehnte hinweg nicht gegeben. Konsequenz: UNHCR hat im Auftrag und durch Finanzierung der internationalen Staatengemeinschaft die Aufgabe übernommen, in Zusammenarbeit mit Behörden und Partnerorganisationen für die Betroffenen nicht nur Überlebenshilfe, sondern auch Notstrukturen zu schaffen, sei es im Gesundheits- oder Bildungsbereich. Dies gilt vor allem für Flüchtlinge, die in Lagern leben müssen. Beispiel: Ost-sudan, wo von UNHCR seit mittlerweile über 40 Jahren die Grundversorgung geleistet werden muss. Ein anderes Beispiel sind die Dadaab-Flüchtlingslager in Nordkenia, die seit über 20 Jahren bestehen. Unverkennbar trägt die Perspektivlosigkeit der betroffenen Menschen dazu bei, das sogenannte Abhängigkeitssyndrom zu verbreiten und zu verstärken. Im Lager geboren und aufgewachsen, stellt sich für ganze Generationen jedoch auch Hoffnungslosigkeit ein.

Der Standard der jeweils geleisteten Unterstützung kann dabei sehr unterschiedlich sein: Mitunter ist dieser zumindest zeitweise sogar besser als jener, den die örtliche Bevölkerung sich leisten kann. Die Folge sind entsprechende Spannungen. Zumeist aber ist es gerade für die langandauernden Flüchtlingssituationen besonders schwierig, über Jahre oder gar Jahrzehnte hinweg ausreichende finanzielle Mittel zu erhalten. Die Folge: Die Hilfsstandards sinken.

Vor dem Hintergrund dieser nicht neuen Situation hat UNHCR in den letzten Jahrzehnten wiederholt Anläufe unternommen, ein grundsätzliches Problem bei der Finanzierung und Durchführung von Maßnahmen zugunsten von Flüchtlingen anzugehen: die zum Teil strikt eingehaltene Trennung zwischen Flüchtlingshilfe im engeren Sinne und Maßnahmen, die gemeinhin dem entwicklungspolitischen Bereich zugeordnet werden.

Über viele Jahre hinweg waren entsprechende Initiativen vor allem von dem Gedanken geprägt, wie zum Beispiel in Postkonfliktsituationen die Überbrückung von humanitärer Hilfe zu Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit und eine entsprechende Übergabe der Trägerschaft der jeweiligen Akteure am besten bewerkstelligt werden kann. Heute steht UNHCR im Sinne eines holistischen Ansatzes für den Versuch, einen entwicklungspolitischen Ansatz möglichst frühzeitig in seinen Hilfsprogrammen zu verankern. Hierzu ist es notwendig, dass sich die handelnden Akteure, namentlich Hilfs- und Entwicklungsorganisationen,

Regierungen der Aufnahme- wie der Geberländer sich frühzeitig auf gemeinsame Ziele einigen.

UNHCR setzt sich deshalb nachhaltig dafür ein, in nationale Entwicklungsprogramme neben der einheimischen Bevölkerung auch Flüchtlinge zu berücksichtigen. Auch sie können positiv zur Entwicklung ihrer Aufnahmeländer beitragen. Ein aktuelles Beispiel bietet Dollo Ado in Äthiopien, wo sich die Zahl der Einwohner durch die somalischen Flüchtlinge in kurzer Zeit verdoppelte. Aus dem Notstand können sich jedoch auch Gelegenheiten ergeben, um im landwirtschaftlichen Bereich die Existenzgrundlagen der örtlichen Bevölkerung wie der Flüchtlinge zu sichern. Ziel ist es, die Getreideproduktion insgesamt zu erhöhen, um hierdurch auch Überschüsse besser verkaufen zu können. Investitionen im Bildungs- oder Gesundheitsbereich haben das Potential, die lokale oder regionale Entwicklung zu fördern. Gleichzeitig helfen sie dabei, parallele Hilfsstrukturen zu vermeiden, die von UNHCR unterhalten und finanziert werden müssen.

Um diesen Ansatz effektiv wahrnehmen zu können, muss auch UNHCR sich in seiner Programmplanung verändern und verändert präsentieren. Ziel ist, statt des Ein-Jahres-Zyklus eine mehrjährige Programmplanung, verbunden mit dem Angebot an entwicklungspolitischen Akteure zur frühzeitigen Zusammenarbeit bereits in der Phase der Nothilfe. Ziel ist es somit, den Übergang zu entwicklungspolitischen Maßnahmen mit Blick auf langfristige Lösungen als integralen Bestandteil zur Bewältigung von Flüchtlingssituationen zu verstehen und wirken zu lassen. Es geht nicht nur darum, Projekte zur Finanzierung zu präsentieren, sondern aktiv Partnerschaften zu begründen, die den Planungsprozess und die Durchführung von Programmen und entsprechende Resultate ermöglichen.

Berlin, Mai 2014